

Zu oppositionell und zu wenig etabliert

Wieso die SVP Mühe hat, in den Kantonsregierungen auf eine ihrer Stärke angemessene Anzahl Regierungsräte zu kommen

Obschon nunmehr in allen Kantonsparlamenten präsent, findet die SVP kaum den Weg in die Kantonsregierungen. Möchte sie daran etwas ändern, müsste sie entweder gemässiger auftreten (vgl. «Bund» vom 21.10.) oder sich gedulden und profilierte Persönlichkeiten aufbauen.

PASCAL SCIARINI UND DANIEL BOCHSLER*

Die SVP ist in den letzten 15 Jahren zur nationalen Partei geworden. 1990 stellte sie erst in der Hälfte der Kantone Parlamentarier und kam, wie Grafik 1 zeigt, nur auf 12,7 Prozent der Legislativsitze (gewichtet nach Parlamentsgrösse und Grösse der Wohnbevölkerung). Seit dem laufenden Jahr ist sie dagegen erstmals in allen Schweizer Kantonsparlamenten vertreten und mit 23,3 Prozent der Sitze zusammen mit der SP die Nummer eins.

Das Besondere an der SVP: Sie konnte diese Stärke nicht in Regierungssitze ummünzen. Die SVP stagniert bei rund 16 Prozent der (nach Bevölkerungszahlen gewichteten) kantonalen Regierungsmacht (Grafik 1 – hellblaue Balken). In absoluten Zahlen heisst das: Sie stellt nur 19 von 158 Regierungsräten.

Viele SVP Misserfolge

Die Misserfolge der SVP bei Regierungswahlen begannen in den 90er-Jahren; ihre Zahl wird von Wahltermin zu Wahltermin grösser. So ist es der SVP zum Beispiel dieses Jahr im Kanton Zürich nicht gelungen, den Sitz des zurückgetretenen Christian Huber zu verteidigen. Im ersten Wahlgang schnitt SVP-Nationalrat Toni Bortoluzzi unerwartet schlecht ab, und auch der für den zweiten Wahlgang nominierte Bruno Heintelmann konnte den Sitz nicht retten, er fiel an den CVP-Kandidaten Hans Hollenstein. Zwar gilt auch für die SVP: Je stärker die Partei, desto mehr Regierungssitze belegt sie. Doch liegt der SVP-Sitzanteil in der Exekutive meistens deutlich unter dem in der Legislative. Nur in den fünf Kantonen Bern, Graubünden, Schaffhausen, Thurgau und Waadt hält die SVP mehr Regierungssitze, als ihr gemäss Parlamentsanteil zustünden.

Auswirkungen des Majorzes

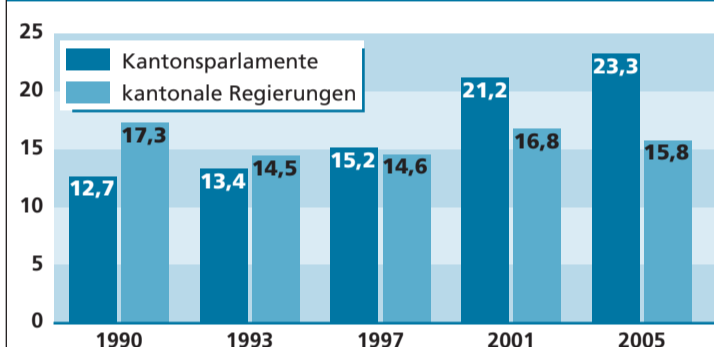
Die Gründe für die Untervertretung der SVP in den Regierungsräten hängen mit dem Mehrheitswahlssystem zusammen, das in allen ausser zwei Kantonen (Zug, Tessin) für die Regierungswahlen angewandt wird. Im Majorz braucht ein Kandidat Unterstützung

* Pascal Sciarini ist Direktor des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Genf. Daniel Bochslers ist dort Assistent.



Ein Beispiel für die Schwäche der SVP bei Exekutivwahlen: Bei den Regierungsrats-Ersatzwahlen im Februar 2005 im Kanton Zürich gelang es SVP-Nationalrat Toni Bortoluzzi (links) nicht, sich gegen den CVP-Kandidaten Hans Hollenstein zu behaupten.

GRAFIK 1: SVP-PARTEIENSTÄRKE 1990–2005 IN PROZENT



In Kantonsparlamenten ist der SVP-Anteil ständig gestiegen, bis 2005 auf 23,3 Prozent. In den Regierungsräten ist der SVP-Anteil 2005 (gewichtet nach Parlamentsgrösse und Bevölkerung) sogar geringer als 1990.

zung weit über Parteigrenzen hinaus, um gewählt zu werden.

Unsere Analyse macht zwei Faktoren aus, welche die Untervertretung der SVP in den meisten Kantonsregierungen mitverursachen: ihr ungenügendes Regierungsprofil und ihre fehlende Etablierung auf dem politischen Parkett.

SVP zu wenig konkordanzfähig

Erstens läuft eine Partei mit starkem Oppositionsprofil Gefahr, als nicht konkordanzfähig betrachtet zu werden, was – im Gegensatz zu den Parlamentswahlen, für die das Proporzsystem gilt – dazu führen kann, dass sie bei Regierungsratswahlen Misserfolge erntet. Extreme Positionen führen auch dazu, dass eine Partei wenig bündnisfähig wird.

Grafik 2 zeigt den Zusammenhang zwischen dem Profil der SVP-Kantonalparteien und dem Grad an Unter- oder Übervertretung. Das Parteienprofil wird durch die Regierungstreue oder Opposition der SVP zum Bundesrat anlässlich von nationalen Abstimmungen im

Zeitraum 1995–2003 gemessen. Je oppositioneller nun eine SVP-Sektion auftritt, desto eher ist sie in der Regierung untervertreten. Ihr oppositionelles Profil wird der Partei beispielsweise in Genf, St. Gallen oder – wie erwähnt – in ihrer Hochburg Zürich zum Stolperstein.

Wo sich die SVP hingegen bei eidgenössischen Abstimmungen oft auf die Seite des Bundesrates schlägt (z. B. in Bern, Graubünden, Thurgau und in der Waadt) hat sie keine Mühe, auf ihren Anteil an Regierungssitzen zu kommen.

SVP-Sektionen zu wenig etabliert

Zweitens muss eine Partei, um in die Kantonsregierung eingebunden zu werden, sich im entsprechenden Kanton zunächst etablieren. Bei Regierungswahlen spielt die Persönlichkeit der Kandidaten eine grosse Rolle, das heisst, Parteien müssen in der Regel bekannte und erfahrene Parteikader aufbauen, um in Exekutivwahlen Erfolg zu haben. Wenn aber Parteien neu gegründet werden, fehlt ihnen oft das politische

SVP-SITZE IN KANTONSREGIERUNGEN 1990–2005

Kanton	1990	1993	1997	2001	2004	2005
AG	1	1	1	1	1	1
AI	0	0	0	0	0	0
AR	0	0	0	1	2	2
BE	3	3	3	3	3	3
BL	1	1	0	1	1	1
BS	0	0	0	0	0	0
FR	1	1	0	0	0	0
GE	0	0	0	0	0	0
GL	2	2	2	2	1	1
GR	2	2	2	2	2	2
JU	0	0	0	0	0	0
LU	0	0	0	0	0	1
NE	0	0	0	0	0	0
NW	0	0	0	0	0	0
OW	0	0	0	0	0	0
SG	0	0	0	0	0	0
SH	1	1	1	1	2	2
SO	0	0	0	0	0	0
SZ	0	0	0	0	1	1
TG	2	2	2	2	2	2
TI	0	0	0	0	0	0
UR	0	0	0	0	0	0
VD	1	1	0	1	1	1
VS	0	0	0	0	0	0
ZG	0	0	0	1	1	1
ZH	2	1	2	2	2	1
Anz. RR	16	15	13	17	19	19

© DER BUND

Personal für die Besetzung verantwortungsvoller Ämter. Bei der SVP zeigt sich dies nicht nur bei Regierungswahlen: Anfang Oktober musste sie bei den Bundesverwaltungsrichter-Wahlen passen, weil sie keine kompetenten Kandidaten fand.

Absprachen unter Bisherigen

Neu gegründete Parteien müssen mitunter auch recht lange auf Gelegenheiten warten, um die alte Regierungsformel zu verändern. Oftmals sprechen die bisherigen

Regierungsparteien die Sitzverteilung direkt oder indirekt ab. Solche Koalitionen sind im Majorzsystem nur schwer zu knacken.

Wie Grafik 3 zeigt, hängt die Stärke der SVP in den Kantonsregierungen auch vom Grad ihrer Etablierung im betreffenden Kanton ab. Die SVP bleibt insbesondere in den Kantonen in den Regierungen untervertreten, wo sie anfangs der 90er-Jahre noch gar nicht existierte oder sehr schwach war, das heisst namentlich in der Inner- schweiz (ohne SZ), im Wallis, in

Genf, Neuenburg, Basel-Stadt, St. Gallen und im Jura. In den Kantonen, wo sie als ehemalige Bauernpartei auf eine lange Tradition zurückblickt, ist sie hingegen im Regierungsrat sogar überproportional vertreten.

Die beiden Faktoren für SVP-Erfolge in Kantonsregierungen – ein gemässigeres Profil und eine lange Tradition – wirken meist zusammen und treffen für die gleichen Kantonssektionen zu (Beispiele sind BE und GR). Wenn einer dieser beiden Faktoren fehlt, wird es für die SVP schwierig: Wo eine SVP ein markantes Oppositionsprofil hat – und ihr deshalb die Glaubwürdigkeit als Regierungspartei fehlt (ZH, BS) –, wird sie es kaum schaffen, gemäss ihrer Parteistärke im Regierungsrat vertreten zu sein. Das ist auch dort der Fall, wo SVP-Sektionen erst kürzlich gegründet wurden und es ihnen an politischer Verankerung und geeigneten politischen Kadern fehlt (Innerschweiz, GE). Umgekehrt ist es traditionellen und moderateren SVP-Sektionen gelungen, eine im Vergleich zu ihrer Parlamentsstärke überproportionale Regierungsvertretung zu gewinnen.

Bürgerliche Stärke unerheblich

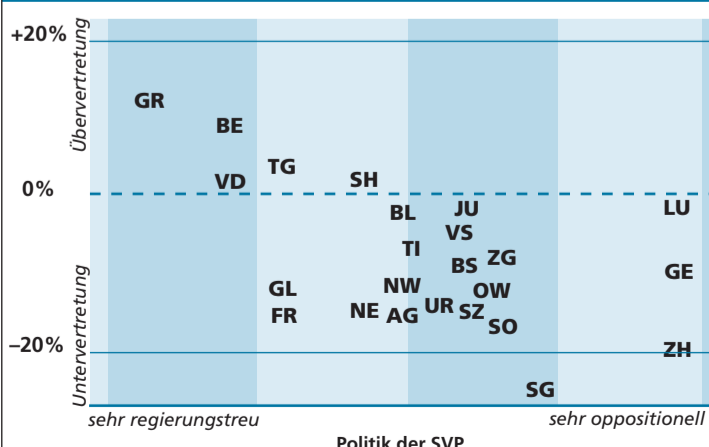
Aufgrund der Bedeutung von Wahlallianzen im Majorzsystem könnte man erwarten, dass die SVP bei Regierungsratswahlen in jenen Kantonen besser abschneidet, wo die bürgerlichen Parteien relativ schwach und deshalb auf eine Allianz mit der SVP angewiesen sind. Grafik 4 zeigt jedoch, dass zwischen dem SVP-Anteil an Regierungsräten und der Stärke der übrigen bürgerlichen Parteien kein Zusammenhang besteht.

Schlüssel Konkordanz

Die Untersuchung macht unter anderem deutlich, dass Regierungskonkordanz nicht nur eine Frage der arithmetischen Proportionalität zwischen Parlamentssitzen und Regierungssitzen ist. Konkordanz geht darüber hinaus und umfasst das Prinzip des politischen Verhaltens und bedingt Integration, Verhandlung und Konsenssuche zwischen den «Koalitions»-Parteien. Wie unsere Ergebnisse zeigen, sind die «arithmetische» und die «politische Konkordanz» keine getrennten Welten: Damit ihr die Wählerinnen und Wähler als Regierungspartei trauen, muss die SVP extrem stark sein oder moderat auftreten und sich zur Konkordanz bekennen. Politisch konkordantes Verhalten kann also als Eintrittsticket zur proportionalen Vertretung in den Regierungen verstanden werden.

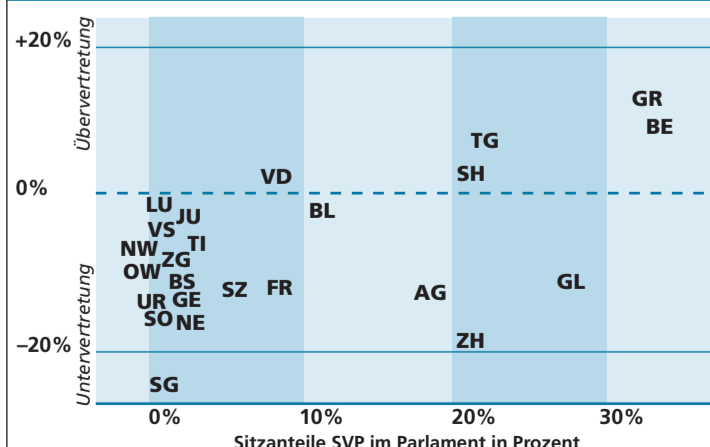
Das exponierte Profil der SVP ist also ein zweischneidiges Schwert: Einerseits dürfte es dem Erfolg der SVP in den Kantonsparlamenten besonders zuträglich sein. Andererseits riskiert sie damit aber, ihre Regierungsbeteiligung in Frage zu stellen.

GRAFIK 2: SVP-VERTRETUNG UND REGIERUNGSTREUE



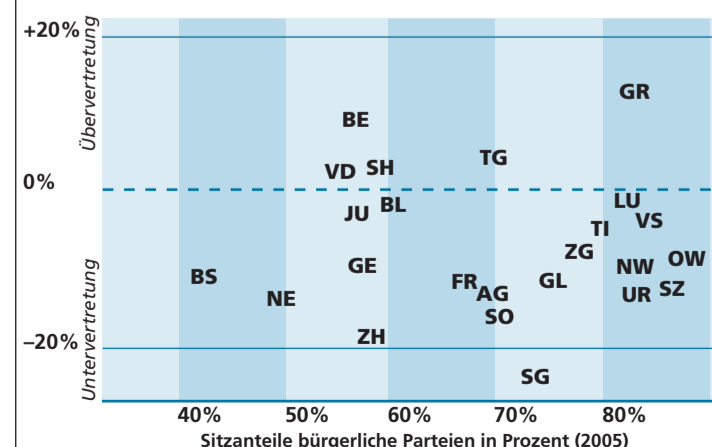
Lesebeispiel: Im Kanton Bern politisiert die SVP im grossen Ganzen regierungstreue. Gemessen an ihrer Parteistärke ist sie mit drei Mandaten im Regierungsrat übervertreten. Anders im Kanton Zürich: dort ist die SVP sehr oppositionell, aber im Regierungsrat mit einem Mandat klar untervertreten.

GRAFIK 3: SVP-VERTRETUNG UND SITZANTEILE PARLAMENT



Lesebeispiel: Im Kanton Graubünden kommt die SVP auf über 30 Prozent der Mandate im Parlament. In der Regierung ist sie mit 2 (von 5) Mandaten übervertreten. Im Kanton Neuenburg existiert die SVP erst seit kurzem, in der Regierung ist sie nicht vertreten.

GRAFIK 4: SVP-VERTRETUNG UND SITZANTEILE BÜRGERLICHE



Lesebeispiel: Im Kanton Solothurn kommen die bürgerlichen Parteien im Parlament auf einen Sitzanteil von rund 70 Prozent. Der SVP ist es aber nicht gelungen, einen Sitz im Regierungsrat zu erobern. Das gleiche gilt für den Kanton Wallis, wo die Bürgerlichen noch stärker sind.

© DER BUND